



## Guter Grüner

Mit der CDU regiert in Sachsen-Anhalt ein Straßenkämpfer. Seite 6

Foto: ddp/jens Schlueter

## Rechte Kämpfer

Polizei schützt Nazi-Sportveranstaltung in Leipzig vor linker Demo. Seite 19

## Giftiges Gold

Widerstand gegen die Mine El Tambor in Guatemala. Seite 3

Foto: Andreas Boueke

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 29. August 2016

71. Jahrgang/Nr. 202

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Besser unsozial

Regina Stötzel zu Merkels »Wir schaffen das« vor einem Jahr

Beliebt macht man sich hierzulande mit großen unsozialen Projekten. Die Durchsetzung der Austeritätspolitik in der EU, die Griechenland und andere Staaten unter den Sparmaßnahmen ächzen lässt, brachte Angela Merkel allenfalls die Kritik ein, die klaren Worte ihren Ministern überlassen zu haben.

Ihre Äußerung der Zuversicht hinsichtlich eines großen sozialen Projekts – der nicht nur formalen Integration von vielen Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten –, hat Angela Merkel dagegen einiges an Beliebtheit gekostet. Statt ihres »Wir schaffen das« hört man offenbar lieber die Seehofers, Gabriels oder Wagenknechts, die sagen, was man alles nicht schaffen kann oder nicht schaffen will.

Merkels wiederholt geäußertes Satz schadet ihr selbst jetzt noch, obwohl nur mehr wenige Flüchtlinge Deutschland erreichen. Wo auf der Balkanroute die Zäune nicht hoch genug sind, wird noch aufgestockt, auf der Fluchtroute Mittelmeer sterben wieder Tausende. Der Deal mit der Türkei steht bislang trotz allem und Frontex bereitet sich bestens auf mögliche »Krisen« in Form von hilfesuchenden Menschen vor. Selbst Frank-Jürgen Weise ist zuversichtlich, dass seine Behörden die Arbeit bewältigen werden. Wir schaffen das, könnte man also sagen.

Wenn der Wille da wäre. Aber der fehlt schon für das größte soziale Projekt – den derzeitigen Bewohnern mit oder ohne deutschen Pass gute Bildung, Arbeit und Wohnungen zu verschaffen. Damit will sich die Regierung nicht unbeliebt machen.

## UNTEN LINKS

Die **Freizeit** ist ein einziger Stress. Früher, da gingen die Leute spazieren, schauten aus dem Fenster, saßen auf einer Bank oder taten nichts. Heute hetzt man vom Outdoorhiking zum Escape Game, vom Geocaching übers Piloxing-Workout zum Binge Watching beim Smart-Eating von Low Carb Food. Die Härtesten geben sich zwischen durch noch täglich eine Runde Slow-Reading oder füllen Malbücher für Erwachsene – die Titel lauten etwa »Ruhe & Kraft« oder »Bei dir finde ich Ruhe« – mit frohen Farben. Dabei sind sie ständig für den Chef ansprechbar und die Facebook-Freunde wollen auch unterhalten werden. Nun hat die repräsentative Umfrage »Freizeit-Monitor« der Stiftung für Zukunftsforschung den allerneuesten, beinhaltenen Trend ausgemacht. Es ist so etwas wie Longtime-Powernapping, Immobile-Moving, Slowthinking, Full-Body-Relaxing, Analog-Lying und No-Tasking in einem, quasi Couch-Potatoing 5.0: »einfach mal faulenzten«. rst

## Am Anfang ist das Wort

Eine Serie über »Smarte Worte« für ein kritisches Lexikon der Digitalisierung



Berlin. Digitalisierung ist eine Art Übersetzungsleistung. Damit Computer mit Informationen etwas anfangen können, müssen sie in deren Sprache umgewandelt werden. »Aus Blau wird #009, aus Berlin wird 52° 31' N, 13° 24' O. Aus Brockhaus wird Wikipedia.org«, schreibt Susanne Lang im »nd«. Die Folge seien eben jene riesigen Datenbestände, die unter dem Schlagwort »Big Data« Zeitungskolumnen und Investorenportfolios füllten. Doch der Begriff »verschleierte mehr, als dass er erklärt«. »Big Data« klingt allein nach Fortschritt, nicht aber

nach den damit verbundenen Gefahren beispielsweise für den Datenschutz. Auch hat etwa »Sharing Economy« nichts mit dem Motto »Geteilte Freude ist doppelte Freude« zu tun, sondern ist ein beschönigender Ausdruck für eine Gruppe von Unternehmen, die sich durch zweifelhafte Geschäftsmethoden auszeichnen. Wie einst die Begriffe »Flexibilisierung« oder »Arbeitsmarktreform« müsse die ideologische Aufladung solcher Begriffe deutlich gemacht werden. Denn eine Auseinandersetzung um Begriffe sei immer auch »eine Auseinander-

setzung um die konkrete Bewertung und Deutung unserer Welt aus linker, emanzipatorischer, humanistischer Perspektive.«

Der Text von Susanne Lang bildet den Auftakt zu einer Serie über »Smarte Worte« für ein kritisches Lexikon der Digitalisierung. Es handelt sich um ein kollektives Projekt, das von »neues deutschland« und Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wird. Nur wer die Vorgänge versteht, kann sie auch mitgestalten – ein Grundsatz, der leicht abgewandelt auch für freie Software gilt, die vor 25 Jahren erfunden wurde. nd *Seiten 2 und 10*

Grafik: RLS

## Abschieben und wegschicken

Ein Jahr nach der Grenzöffnung für Flüchtlinge greift SPD-Chef Gabriel die Union an

**Vor einem Jahr haben Deutschland und Österreich ihre Grenzen für Flüchtlinge geöffnet. Längst fordern liberale und konservative Politiker mehr Härte.**

Berlin. Am 4. September 2015 beschließen Kanzlerin Angela Merkel und ihr damaliger österreichischer Amtskollege Werner Faymann, in Ungarn festsitzende Flüchtlinge nach Deutschland und Österreich ausreisen zu lassen. Bei ihrer Ankunft in München werden Tausende Menschen mit Applaus empfangen. Unzählige Bundesbürger helfen in den kommenden Wochen den vor Krieg, Not und Verfolgung geflohenen Männern, Frauen und Kindern. Sie sammeln Kleider, gehen mit den Geflüchteten zu Behörden oder geben ehrenamtlich Sprachunterricht. Noch heute unterstützen viele Bürger die Schutzsuchenden. Früh formiert sich aber auch vor Flüchtlingsheimen fremdenfeindlicher Protest.

Die Politik schwenkt nach einigen Wochen um, im Frühjahr wird die Balkanroute faktisch geschlossen, ein Pakt zwischen EU und Türkei sieht vor, dass in Griechenland ankommene Migranten wieder in die Türkei zurückgeschickt werden. Die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge sinkt drastisch. Im laufenden Jahr dürften etwa 250 000 bis 300 000 Flüchtlinge Deutschland erreichen, schätzt der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise.

Bislang hieß es, dass die Bundesrepublik im vergangenen Jahr rund eine Million Menschen aufgenommen hat. Doch tatsächlich seien es weniger, sagt Weise am Wochenende. Es sei zu Doppelregistrierungen gekommen, und ein Teil der Geflüchteten sei in andere Länder weitergereist. Die genaue Zahl werde seine Behörde demnächst nennen.

SPD-Chef Sigmar Gabriel wirft seinem Koalitionspartner ein Jahr

nach der Grenzöffnung vor, »die Herausforderung unterschätzt« zu haben. Im ZDF sagt der Vizekanzler: »Wir haben immer gesagt, es ist undenkbar, dass

*»Es ist undenkbar, dass Deutschland jedes Jahr eine Million Menschen aufnimmt.«*

SPD-Chef Gabriel

Deutschland jedes Jahr eine Million Menschen aufnimmt.« Es reiche nicht, ständig zu sagen: Wir schaffen das. »Sondern Sie müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir es auch hinkriegen. Das hat die CDU/CSU immer blockiert.«

FDP-Chef Christian Lindner wiederum gibt sich als Hardliner: »Ich halte es für notwendig, dass

die Bundesregierung unmissverständlich klarmacht: Wenn Menschen wirklich in Not sind, dann geben wir ihnen Schutz – aber nicht auf Dauer«, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. »Sondern wenn in der alten Heimat die Lage wieder sicher und stabil ist, dann reisen diese Leute in der Regel zurück.« Auch Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) fordert, in den kommenden Jahren Hunderttausende Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Es werde nicht gelingen, »so viele Menschen aus einem völlig fremden Kulturkreis erfolgreich zu integrieren.«

Die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt fordert dagegen eine Altfall-Regelung für mindestens 100 000 Asylbewerber. Und der Linkenpolitiker und Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, hat schon vor Tagen dafür plädiert, Flüchtlingen ohne Papiere einen Weg aus dem Schattendasein zu bahnen. nd

## Türkei-Militär tötet Kurdenkämpfer

Luftangriffe auf YPG-Miliz im Norden Syriens / Auch zivile Opfer gemeldet

Istanbul. Die türkischen Streitkräfte haben nach türkischen Medienberichten bei Luftangriffen im Bereich der syrischen Grenzstadt Dscharablus 25 Mitglieder der Kurdenmiliz YPG getötet. Diese hätten zuvor das Feuer eröffnet, meldete am Sonntag die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu unter Berufung auf das Militär. Fünf Gebäude, die die kurdischen Milizen benutzt hätten, seien zerstört worden.

Offensichtlich mit Blick auf Berichte über bei diesen Luftangriffen ums Leben gekommene Zivilisten hieß es weiter, die türkischen Streitkräfte hätten »alle Vorkehrungen getroffen, dass die in der Region lebende Zivilbevölkerung nicht zu Schaden kommt«. In dieser Hinsicht gehe die Armee mit »äußerstem Feingefühl« vor, hieß es unter Berufung auf Quellen im Militär.

Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte hatte zuvor berichtet, bei zwei türkischen Luftangriffen in Nordsyrien seien am Sonntag mindestens 40 Zivilisten ums Leben gekommen. dpa/nd *Seiten 4 und 7*

## Argentinien: Buße für Folter und Mord

28 Verurteilungen wegen Verbrechen vor und während der Diktatur

Buenos Aires. Wegen der Folterung und Tötung Oppositioneller hat ein argentinisches Gericht 28 Angeklagte zu lebenslanger Haft verurteilt. In dem vierjährigen Mammutverfahren ging es um Verbrechen an mehr als 700 Opfern, von denen 279 immer noch als vermisst gelten. Das Gericht hörte zur Aufarbeitung der Geschehnisse in den Jahren der Militärdiktatur (1976-1983) rund 600 Zeugen an. Dabei ging es auch um Verbrechen aus der Zeit vor Errichtung der Diktatur. Unter den Verurteilten ist der frühere General Luciano Menendez, der wegen Folterungen im berüchtigten Gefängnis La Perla bereits früher zu elf lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden war. Der 89-Jährige hatte sich in dem Verfahren uneinsichtig gezeigt.

In den Gefangenenlagern habe es »keinerlei Repressionen« gegen die Regierungsgegner gegeben, hatte er vor Gericht gesagt. In dem nun zu Ende gegangenen Verfahren wurde Menendez wegen 52 Morden, 260 Entführungen und 656 Fällen von Folter schuldig gesprochen. AFP/nd *Seite 7*

## Piraten wollen Comeback

Patrick Schiffer zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt

Wolfenbüttel. Der Düsseldorfer Mediendesigner Patrick Schiffer steht seit Samstag an der Spitze der Piratenpartei und wird diese in den Bundestagswahlkampf 2017 führen. Rund 300 Mitglieder wählten ihn beim Parteitag in Wolfenbüttel zum Bundesvorsitzenden. Er setzte sich mit 59,2 Prozent der Stimmen gegen vier Mitbewerber durch, darunter der bisherige Vorsitzende Stefan Körner.

Der in der Wählergunst abgestürzten Partei will Schiffer zum Comeback verhelfen. »Ich möchte eine Aufbruchstimmung in der Partei«, sagte er. Er kritisierte, die Partei habe sich bisher unter Wert verkauft und mit ihren Werten und Ideen nicht überzeugt. Auch wenn die Piraten eine technikfreundliche Partei seien, gelte es, ihre Kompetenzen im sozialen Bereich zu verdeutlichen.

Die Partei hat nach ihren spektakulären Erfolgen von 2011 eine Niederlage nach der anderen kassiert. Sie ist noch in vier Landtagen vertreten. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin drohen ihr Debakel. dpa/nd *Seite 6*

ISSN 0323-3375

